



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 / 227-73783 · Telefax: 030 / 227-76783

Thomas Bareiß MdB: Wahlprogramm der SPD ist Kampfansage an die Leistungsträger unserer Gesellschaft

Die Bundestagswahl im Herbst wirft bereits jetzt ihre Schatten voraus. Die Sozialdemokraten haben sich mit ihrem jüngst vorgestellten Wahlprogramm positioniert und bleiben damit den Menschen eine Antwort auf die Wirtschaftskrise mehr als schuldig. Zudem nähert sich die SPD in großen Schritten einem Bündnis mit der Linkspartei.

Frage der Steuererhöhung

Mit dem Programm entpuppen sich die Sozialdemokraten als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Statt die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen zu entlasten, setzt die SPD auf eine Spaltung der Gesellschaft. Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Die Idee der SPD einer 300-Euro-Steerrückerstattung bringt keine Entlastung für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine Steuererklärung abgibt, weil er als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen oder als Ehrenamtlicher von der Übungsleiterpauschale profitieren möchte, hat vom Steuerbonus nichts. Ihm bietet das SPD-Wahlprogramm keine Entlastungsperspektive.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zudem führt der Steuerbonus zu keiner Vereinfachung des Steuerrechts, sondern sorgt im Gegenteil für neue bürokratische Belastungen. Statt insbesondere der viel zahlenden Mitte mehr Freiraum zur Entfaltung zu geben, fällt die SPD in alte Klassenkampfpaparn zurück. Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen, belastet aber gerade mittelständische Betriebe überproportional stark. Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Bewältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird damit von der SPD missbraucht, um sich als besonders sozial darzustellen. Dass der Mittelstand als wichtigster Arbeitgeber in Deutschland gerade in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten der größte Unterstützer der Arbeitnehmer mit geringen und normalen Einkommen ist, passt den Sozialdemokraten nicht ins Konzept.

Arbeitsplätze werden gefährdet

Die SPD hat zudem kein Konzept, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ihre Maßnahmen sind vielmehr dazu geeignet, Arbeitsplätze zu zerstören. Zeitarbeitsfirmen, die sich in den letzten Jahren zu einer „Jobmaschine“ entwickelt haben, sollen weiter belastet werden. Der geforderte einheitliche gesetzliche Mindestlohn wird Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährden. Im Arbeitsrecht wird auf mehr Bürokratie und mehr Regulierung gesetzt. So will die SPD zum Beispiel eine Stelle einrichten, die Lohnmessungen bei Unternehmen durchführt, um auf diese Weise zu überprüfen, ob die Löhne in den Unternehmen „gerecht sind“. In der Krankenversicherung soll der heutige Sonderbeitrag von 0,9 Prozent künftig auch von den Arbeitgebern getragen werden, was zu einer Erhöhung der Lohnzusatzkosten führen würde. Auch das kostet



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Arbeitsplätze. Zusammen mit weiteren Vorschlägen wird deutlich, dass sich die SPD von der Politik, die in den letzten Jahren fast zwei Millionen neue Arbeitsplätze gebracht hat, verabschiedet. Das Programm der Sozialdemokraten führt zur Steigerung der Arbeitslosigkeit. Besonders in der Krisensituation sind die SPD-Vorschläge Gift für den Arbeitsmarkt.

Konzeptlosigkeit der SPD

Das Programm der SPD offenbart somit die gesamte Erschöpfung und Konzeptlosigkeit der Sozialdemokraten nach elf Jahren Regierungsbeteiligung. Es ist zugleich ein Dokument ihrer Zerrissenheit und Unsicherheit. So hat die SPD noch vor wenigen Monaten jegliche Steuersenkung als angeblich unsinnig und wirkungslos abgelehnt, nun erklärt sie Steuersenkungen für Wenige zum zentralen Bestandteil ihres Wahlprogramms. Während des gesamten letzten Jahres hat sich die SPD gegen die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Anhebung der Kinderfreibeträge gewehrt, nun fordert sie gar die erneute Anhebung um weitere 200 Euro. Auch in anderen Bereichen vollziehen die Sozialdemokraten eine Kehrtwende: Die in der Großen Koalition beschlossene und von Verkehrsminister Tiefensee verantwortete Privatisierung der Deutschen Bahn wird im Wahlprogramm abgelehnt.

Leistungsgerechtigkeit macht unsere Wirtschaft stabil

Die SPD hat sich mit ihrem Wahlprogramm als möglicher Koalitionspartner nach der Bundestagswahl endgültig verabschiedet. Aber auch schon vorher war klar, dass nur ein bürgerliches Bündnis aus Union und FDP die richtigen Antworten geben und Deutschland aus der Krise führen kann.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dazu gehört nach wie vor eine grundlegende Steuerreform, welche die Leistungsträger unserer Wirtschaft entscheidend entlastet. Ziel muss es sein, die Leistungsbereitschaft der Menschen in der breiten Mitte zu stärken. Dies kann unter anderem durch ein Zurückdrängen der kalten Progression bei der Einkommenssteuer geschehen: Der steile Anstieg der Progression führt – zusammen mit den Sozialversicherungsbeiträgen – schlimmstenfalls dazu, dass von jedem hinzuverdienten Euro nur 30 Cent in der Tasche des Steuerbürgers bleiben. Kommt Inflation dazu, zahlen die Menschen sogar drauf: die Lohnerhöhung führt sie in den höheren Steuersatz – netto bleibt weniger als vorher. Fest steht, dass nur eine Wirtschaft mit Leistungsanreizen, uns auf Dauer zu Wohlstand verhelfen kann. Die SPD hat das nicht verstanden und würde mit ihren Vorschlägen genau das Gegenteil erreichen. Nur eine Mehrheit aus Union und FDP kann deshalb ein leistungsgerechteres Steuersystem verwirklichen, um den Bürgern von Anfang an mehr Geld in der Tasche zu lassen. Leistung muss sich für alle lohnen. Das bedeutet schlicht und einfach auch, wer arbeitet muss mehr haben als jemand der nicht arbeitet. Die CDU und die CSU werden ihr gemeinsames Wahlprogramm am 29. Juni vorstellen und dies darin zum Ausdruck bringen.

Wahlkampf darf Krisenbewältigung nicht beeinflussen

Selbstverständlich gehört der Wahlkampf zu einem demokratischen Parteiensystem dazu. Wir müssen aber aufpassen, dass wir in der Großen Koalition uns nicht hinter demselbigen verstecken und wichtige Herausforderungen in den nächsten Monaten nicht entschieden anpacken. Zwar ist dies angesichts der ständigen Querschüsse unseres



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

sozialdemokratischen Koalitionspartners nicht immer einfach, dennoch stehen wir in der Verantwortung. Schließlich gibt es genügend zu tun. Es ist erschreckend, dass wir es in diesem Jahr auf Grund der Krise mit der höchsten Nettoneuverschuldung in unserer Geschichte zu tun bekommen. Dies schmerzt mich umso mehr, da wir im letzten Jahr dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes schon sehr nahe gekommen waren. Dennoch dürfen wir das Ziel auch jetzt in dieser schwierigen Zeit nicht aus den Augen verlieren. Weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, brauchen wir öffentliche Haushalte ohne Neuverschuldung. Mit der vereinbarten Schuldenbremse haben wir ein wichtiges Zeichen gesetzt. Auch die Arbeitgeber stehen aber in der Pflicht, das Instrument der Kurzarbeit zu nutzen und ihre Mitarbeiter möglichst lange in Beschäftigung zu halten.

Staatliche Einflussnahme hat ihre Grenzen

Vor allem müssen nun die beschlossenen Infrastrukturprogramme im Rahmen des Pakts für Deutschland unbürokratisch umgesetzt werden, was gerade auch für unsere Region sehr wichtig ist. Noch nie wurde so viel Geld in Projekte für den Straßenbau in der Region gesteckt. Dabei gibt es keinen Wahlkreis in unserer Region, der so stark von der Aufstockung der Bundesstraßenbaumittel profitiert wie wir. Im Einzelnen betrifft das die B 27 mit dem Teilstück Dusslingen (ca. 46 Millionen Euro) und damit den weiteren vierspurigen Ausbau der B27 zwischen Balingen und Tübingen, den Entlastungstreifen der B27 zwischen Schömberg und Dotternhausen (ca. 2 Millionen Euro), den in wenigen Monaten startenden Bau des dritten Fahrstreifens der B 463 zwischen Balingen und Weilstetten (ca. 6 Millionen Euro) und schließlich



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

die Ortsumfahrung Herbertingen B32/311 (ca. 30 Millionen Euro). Ein weiteres Konjunkturpaket halte ich in diesem Zusammenhang für nicht angemessen. Schließlich müssen die Maßnahmen der ersten beiden Pakete erst einmal greifen. Abgesehen davon warne ich grundsätzlich vor zu viel staatlicher Einflussnahme. Allzu leicht stimmen wir gemeinsam ein in den Ruf nach dem Staat ohne die Situation genauer zu analysieren. Dies kann im schlimmsten Fall zu schwerwiegenden Marktverzerrungen führen, so dass der Schuss nach hinten losgeht. Wichtig ist es vor allem auch, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Für diesen Zweck möchte ich auch meine Berufung in den HRE-Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag nutzen. Der Untersuchungsausschuss wurde ins Leben gerufen, um nicht zuletzt die Frage zu klären, inwieweit das Bundesfinanzministerium um Peer Steinbrück mitverantwortlich für die Schieflage der Hypo Real Estate Bank ist und welche Lehren für die Zukunft zu ziehen sind.

Ein bürgerliches Bündnis gegen den drohenden Linksruck

Die SPD wendet sich mit ihrem Wahlprogramm gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Von dem Gedanken der Agenda 2010 wendet sie sich ab. Damit ist das Programm der Sieg der SPD-Linken. Für uns in der CDU ist klar, dass wir alles dafür tun werden müssen, um die Umsetzung dieses mittelstandsfeindlichen Wahlprogramms zu verhindern. Deshalb müssen wir mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP kämpfen.